

33.000 MENSCHEN GEGEN AGRARINDUSTRIE BEI GROSSDEMONSTRATION PARALLEL ZUR GRÜNEN WOCHE IN BERLIN

Am vergangenen Samstag demonstrierten in Berlin parallel zur Grünen Woche 33.000 Menschen gegen industrielle Tierhaltung, Gentechnik im Essen und die immer stärker werdende Marktmacht von Agrar- und Lebensmittelkonzernen. Die Demonstration wurde von über 160 Traktoren, auch aus Bayern an der Spitze angeführt. Über 500 Menschen kamen mit Bussen des BUND Naturschutz aus ganz Bayern.

„Gülle und Pestizide belasten Böden und Gewässer, bäuerliche Betriebe ringen ums Überleben und das Insektensterben zeigt, welche dramatischen Auswirkungen die industrielle Agrarproduktion hat. Die nächste Bundesregierung muss Lösungen für die massiven Probleme der Landwirtschaft präsentieren. Wir erwarten einen verbindlichen Umbauplan für die Tierhaltung, eine ambitionierte Minderungsstrategie für Pestizide und ein Verbot von Glyphosat und der für Bienen gefährlichen Neonikotinoide.“, sagte Hubert Weiger, Landesvorsitzender des BUND Naturschutz, auf der Demonstration.

Richard Mergner, Landesbeauftragter ergänzt: *„Die hohe Teilnehmerzahl und gerade die Beteiligung vieler Bauern und junger Menschen an der Demonstration sind ein eindeutiges Zeichen dafür, dass die Bürger die industrielle Landwirtschaft nicht mehr wollen. Der zukünftige CSU Ministerpräsident Markus Söder muss endlich handeln und einen klaren Fahrplan vorlegen zum Schutz bäuerlicher Betriebe vor der Konkurrenz durch industrielle Massentierhaltung, für ein schnelles Verbot von Glyphosat und einen Ausstieg aus der Pestizidanwendung, damit das Bienen-, Insekten- und Vogelsterben gestoppt wird.“*

Weitere Informationen: www.wir-haben-es-satt.de

Für fachliche Rückfragen stehen Ihnen zur Verfügung:

Richard Mergner, Landesbeauftragter: Tel.: 0911 818178-25

Marion Ruppaner, BN Agrarreferentin, Tel.: 0911 81878-20

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

22. Januar 2018

PM 007/18 LFG

Landwirtschaft